

Zeitschrift: Puls : Drucksache aus der Behindertenbewegung

Herausgeber: Ce Be eF : Club Behindter und Ihrer FreundInnen (Schweiz) [1986-1992]; Anorma : Selbsthilfe für die Rechte Behindter (Schweiz) [ab 1993]

Band: 30 (1988)

Heft: 4: Behinderte Politik

Artikel: Politik ist Weltveränderung : Gespräch mit Martin Stamm, Zentralsekretär der Arbeitsgemeinschaft Schweiz. Kranken- und Invalidenselbsthilfeorganisationen (ASKIO)

Autor: Schriber, Susanne / Ottiger, Paul / Stamm, Martin

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157664>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politik ist Weltveränderung

Martin Stamm ist Zentralsekretär der Arbeitsgemeinschaft Schweiz. Kranken- und Invalidenselfhilfeorganisationen (ASKIO). Bis vor kurzem war er als LdU-Vertreter in der Legislative der Stadt Biel. In einem Gespräch mit Susanne Schriber und Paul Ottiger skizziert er seine politische Laufbahn.

 *Seit wann bist Du beim Landesring, und weshalb hast Du Dir den LdU ausgesucht, um Deine politischen Anliegen anzubringen?*

M. Stamm: Ich bin seit meiner Jugendzeit, also seit bald 25 Jahren beim Landesring. Damals war Gottlieb Duttweiler mit seinem Idealismus noch hochaktuell und ich wusste, dass ich mich in einer kleinen Partei bewegen wollte. So war mir beispielsweise die Sozialdemokratische Partei zu unübersichtlich. Wäre also noch die Evangelische Volkspartei in Frage gekommen, doch hatte ich von dieser Partei den Eindruck, dass sie zu sehr Anhängsel von bürgerlichen Parteien ist. Der Landesring verkörperte demgegenüber eine ideale Kombination von sozial und liberal, was auch im Parteiprogramm sichtbar gemacht wird, und diese Mischung entspricht

noch heute durchaus meinen Vorstellungen.

 *Welche Stellungen hast Du in der Partei eingenommen, und wie waren Deine Erfahrungen als behindertes Parteimitglied?*

M. Stamm: Meine Funktionen waren sehr unterschiedlich: Nach meinem zwanzigsten Geburtstag, damals wohnte ich in Schlieren, schrieb ich der Partei, bekundete mein Interesse, Mitglied zu werden und mich aktiv zu engagieren. In meinem Schreiben erwähnte ich meine Behinderung und dass ich im Bereich der Mobilität auf Hilfe angewiesen sei. Das muss die Parteimitglieder abgeschreckt haben. Zwar erhielt ich den Mitgliederausweis, aber nachher liessen sie nie mehr etwas von sich hören, ich wurde also nie zu einer Versammlung eingeladen. An meinem neunen Wohnort dann, nun in Gwatt, nahm ich erneut mit der Partei Kontakt auf, diesmal gezielter zur Sozialpolitischen Kommission auf gesamtschweizerischer Ebene; denn auch jene Ortsgruppe nahm mich nie als Mitglied wahr, das hätte aktiv miteinbezogen werden können. Ganz anders war schliesslich meine Situation in Biel, wo ich später lebte. Das war meine eigentliche aktive Phase. Inzwischen war ich auch in

meiner Fortbewegungsmöglichkeit wesentlich selbständiger geworden, so dass ich dank dieser erweiterten Eigenaktivität auch selber Parteiveranstaltungen besuchen konnte und allenfalls nur im letzten Moment, beispielsweise vor einer Treppe, noch Hilfe benötigte. In Biel war ich dann Mitglied des Vorstandes der Ortsgruppe, mit der Protokollführung beauftragt und Delegierter im kantonalen Parteitag.

In der Partei machte ich mich relativ rasch bemerkbar, indem ich meine Meinungen zu den Sachverhalten deutlich postulierte und Fragen klar einbrachte. Sicher auch deswegen bin ich nach kurzer Zeit, innerhalb von einem, zwei Jahren, in den Vorstand gewählt und kurz danach auch auf die Kandidatenliste für die Stadtratswahlen (Legislative) gesetzt worden. Ich landete bei dieser ersten Wahl als erster Ersatzmann und wurde dann in einer späteren Wahl unter Überrundung eines altgedienten Parteimitgliedes in den Stadtrat gewählt; eigentlich eine peinliche Angelegenheit, doch hatte ich keinen Grund, an diesem Wahlergebnis zu zweifeln.

Während meiner Ratstätigkeit wurde mir meine Behinderung eigentlich nie zum Nachteil. Ich bin ein viel zu aktiver Mensch, mit einer viel zu pointierten Meinung, die ich auch laut äusserte,



... Insgesamt hatte ich den Eindruck, dass die Leute mir zuhörten, was im Parlament keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist ...

selbst wenn sie quer zu allen anderen liegt, als dass ich als Alibi hätte missbraucht werden können. Ich gab also nie jemandem die Gelegenheit, mich durch andere vorschieben zu lassen, damit diese dann mit mir gross rauskommen würden. Im Rat selber gab es ein technisches Problem, eine lange Treppe zum Rathaussaal. Anfänglich organisierte ich vor jeder Sitzung die Polizei, um mich raufhieven zu lassen, später erbrachten Parlamentskollegen diese Dienstleistung. Nachteile, wie zum Beispiel Gefühle der Abhängigkeit, sind für mich daraus nicht entstanden.

Ich war also etwas mehr als drei Jahre im Stadtrat Biel, dann bin ich von der Stadt weggezogen. Dieser Wohnortwechsel drängte sich auf, weil ich hier in Bern arbeite und das Pendeln im Laufe der Jahre zu einem zu grossen Kräfteverschleiss geführt hat. Mit diesem Umzug habe ich gleichzeitig auch den ganzen politischen Ballast abgeworfen, was mir wesentliche Energiereserven zurückgegeben hat, denn politische Ämter sind auch eine Belastung.

Bestand diese Belastung vor allem im zeitlichen Arbeitsaufwand, oder sind es auch Spannungen innerhalb der Partei und des Parlamentes, die sich belastend auswirken?

M. Stamm: Es ist wohl beides: der Zeitaufwand für die Sitzungsvorbereitungen ist tatsächlich enorm. Hinzu kommen die Schwierigkeiten innerhalb der Partei, die sich durch die Positionsabgrenzungen ergeben. Das war in Biel, wo der Landesring mit zwei Sitzen im Parlament vertreten war, eine besondere Situation. Ich vertrete innerhalb des sozial-liberalen Spektrums stärker die soziale Schlagseite, und so musste ich oft spüren, dass ich zwar Exponent des LdU bin, aber eine Mehrheit der Parteimitglieder anders denkt als ich. Zudem lag

der gesamte Stadtrat mit seinen Meinungen oft diametral zu den meinigen, so dass man sich immer auf der anderen Seite fühlt, was natürlich viel Energien kostet.

Die Presse greift gerne auf, wenn man innerhalb der Partei nicht einig ist. Wie hat die Öffentlichkeit solche Spannungen aufgenommen?

M. Stamm: Ja, ja... Tatsächlich gab es zwei, drei Abstimmungen, wo es offensichtlich wurde, dass wir uns gegenseitig neutralisierten mit unseren uneinheitlichen Stimmen. Ganz deutlich wurde es bei einer heissen Abstimmung, wo meine konträr laufende Stimme ausschlaggebend zur Verhinderung eines Bauvorhabens beitrug, obwohl die Bürgerlichen glaubten, auch den Landesring auf ihrer Seite zu haben. Nun, das gab natürlich Ärger. Insgesamt hatte ich aber den Eindruck, dass die Leute mir zuhörten, wenn ich das Wort ergriff, was im Parlament keineswegs eine Selbstverständlichkeit ist.

Worauf lässt sich diese weit verbreitete Unaufmerksamkeit im Parlament zurückführen?

M. Stamm: Wenn Parlamentarier einfach vorgetippte Manuskripte runterspulen, so kann es tatsächlich langweilig sein, sich diese Reden anzuhören.

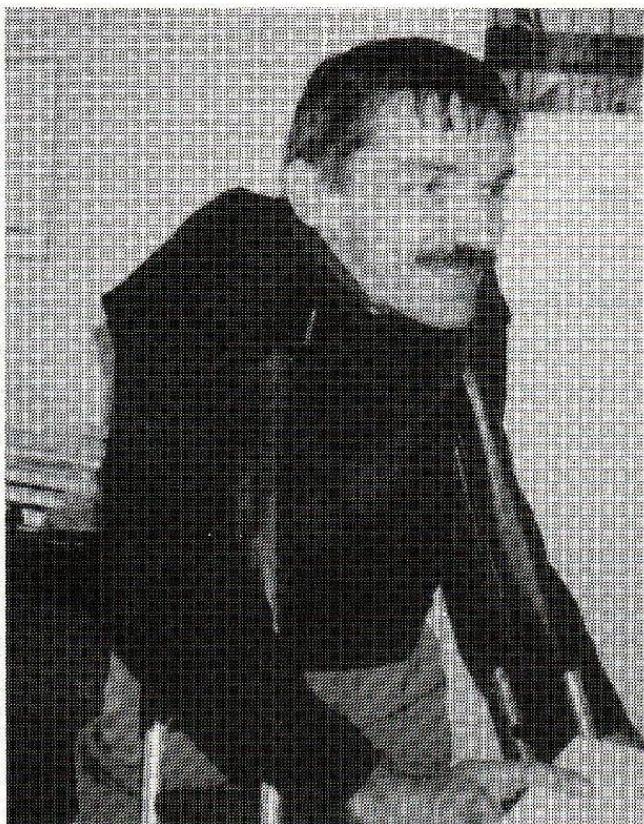
ren. Ich hatte nie ein Manus, sondern äusserte mich immer spontan, was mir auch einigermassen leicht fällt. Dann laufen sehr viele eingespielte Rituale innerhalb einer Ratssitzung ab: Beispielsweise weiss man, dass jede Partei einen Sprecher nach vorne zu schicken hat, der die Meinung der Gruppierung bekanntgibt, obwohl man weit im voraus das Ja bzw. Nein der entsprechenden Partei kennt. So läuft in einem Parlament tatsächlich sehr viel Langweiliges.

Das Parlament ist so gesehen kaum ein meinungsbildendes Forum. Ein grösserer Teil der Fraktion muss sich darauf verlassen können, dass sich ihr Mitglied, das ein Geschäft vertritt, vertieft mit der Angelegenheit auseinandergesetzt hat, so dass man sich auf die Vorschläge abstützen kann. Es ist schlicht unmöglich, sich überall eine eigene Meinung zu bilden, weil dies ein unermessliches Aktenstudium erforderte. Hier herrscht also das Gesetz der Fraktionsdisziplin. Wer anders stimmt, als dies der Sprecher der Partei vorschlägt, hat seine abweichende Meinung zu begründen. Insbesondere in wichtigen Fragen sind solche vorausgehenden Gespräche möglich und notwendig, insgesamt braucht es aber viel, die Meinung der Chefideologen im Parlament dann noch in Frage zu stellen.

 *Hier schwingt Resignation mit, möglicherweise aus der Erfahrung heraus, vorbestimmten Meinungen und starken Interessengruppen ausgeliefert zu sein. Hast Du Dich auch deshalb aus der aktiven Politik zurückgezogen?*

M. Stamm: Mir wurde aus der dreieinhalbjährigen Erfahrung mit der Legislative schon deutlich, dass es noch viel mehr Einsatz bräuchte, um sich durchzusetzen, beispielsweise eine grössere Präsenz in Kommissionen, vielseitiger Kontakt zu Behörden und ein aktives Anreissen von Angelegenheiten usw. Diese aktive Rolle, wie ich sie mir idealerweise vorstelle, konnte ich – da ich weder zeit- noch kräftemässig genügend Reserven hatte – nicht einnehmen.

Ich habe mich aber nicht von der Partei distanziert. Nun, in meinem neuen Wohnort, ein kleines Dorf ausserhalb der Stadt Bern, hat der Landesring keinen Platz. Wollte ich aktiv politisieren, so müsste ich die Partei wechseln, was mir zuwider ist. Ich bin somit aus der aktiven Gemeindepolitik ausgestiegen, figuriere aber für meine Partei noch auf den grossen Wahllisten, weil es mir wichtig ist, mit meinem Gesicht dem Landesring eine bestimmte Färbung zu vermitteln, der Öffentlichkeit also zu zeigen, dass



... Der LDU verkörpert eine ideale Kombination von sozial und liberal, diese Mischung entspricht meinen Vorstellungen ...

linksliberale Typen dazugehören. Natürlich ist mir bewusst, dass ich kaum Chancen habe, gewählt zu werden und dass ich nicht mehr als eine Mittelfeldposition auf diesen Wahllisten erwarten kann. Denn im Unterschied zu Biel, wo ich durch meine öffentliche Präsenz, meine berufliche Stellung und meine Teilnahme am sozialen Leben bekannt war, fehlt mir auf kantonaler Ebene diese Stellung.

Wir könnten die Frage nach der Resignation und Fähigkeit zum Politisieren aber auch noch radikaler stellen. Wer ist denn schon fähig, sich innerhalb einer Sitzung zu zwanzig verschiedenen Geschäften eine Meinung zu bilden, müssen das nicht völlig unsensible und undifferenzierte Typen sein?

Oder anders gesagt, jedem Politiker lässt sich in Kürze nachweisen, dass er von den Fachgeschäften eigentlich nichts versteht, ja gar dumm ist, denn Politiker müssen Generalisten sein. Entscheidend ist also nicht das Spezialistentum, sondern die Fähigkeit, in Zusammenhängen denken zu können, da uns immer nur Bruchstücke von Wissen zur Verfügung stehen. Von Politikern wird also sehr viel verlangt. Trotzdem meine ich, dass unsere Staatsform und das öffentliche Leben auf Politiker angewiesen ist, und dass uns das Politisieren ein notwendiges und zweckmässiges Instrumentarium in die Hand gibt.

⌚ Eigentlich betreibst Du auch heute noch Politik über die ASKIO, im Sinne einer Verbandspolitik mit direktem Einfluss auf die Parlamentspolitik. Ist dieses sozialpolitische Engagement der ASKIO mit Deiner Person zum Programm des Dachverbandes geworden?

M. Stamm: Damit wird eine generelle Spannung im politischen Geschehen angesprochen, nämlich jene zwischen dem öffentlichen parlamentarischen Betrieb einerseits und dem verbandspolitischen andererseits. Es gibt Stimmen, die bedauern, dass die Schweizer Politik so stark durch Ver-

Politik – die Kunst des Möglichen

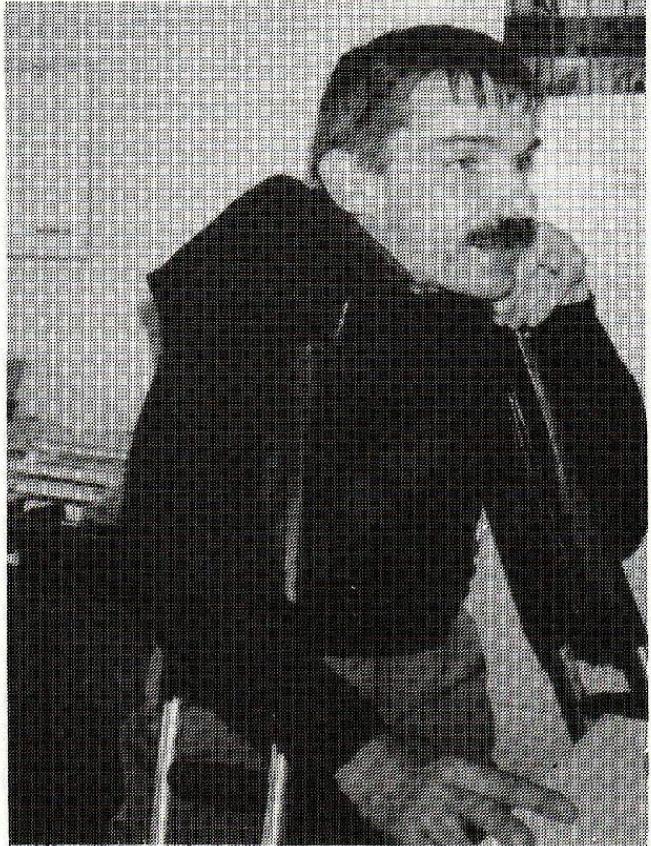
bände und mächtige Gruppen geprägt sei, so dass das Parlament seine Funktion schon deshalb nicht mehr ausüben könne. Allerdings betrifft dies kaum die Einflussstärke von Behindertenverbänden. Es gibt auch die Ansicht, dass Behinderte nur innerhalb der Verbände politisch aktiv werden sollen, alles andere stelle Kräfteverschleiss dar. Ich meine aber, dass Behinderte überall vertreten sein sollten. Jeder Gruppierung tut es gut, mit Behinderten zusammenzusein, denn diese gehören zum Durchschnitt der Bevölkerung. Sind Behinderte untervertreten, so stimmt etwas nicht, sind Hindernisse da, entweder falsch verstandene Hemmungen von den Behinderten selbst oder aber Blockaden von aussen. Sicher gibt es eine ganze Reihe von Behinderten, die aktiv mitreden und mithandeln wollen. Wer also dieserart Neugierde und Weltveränderungsdrang mitbringt, soll ermuntert und ermutigt werden, in die Politik einzusteigen.

Ende der siebziger Jahre wurde die ASKIO ausgebaut, mit dem Gedanken, sich vermehrt auch sozialpolitisch zu engagieren. Nachdem ich mich schon früher in Kommissionsarbeiten der ASKIO beteiligte, wurde ich 1981 beim Dachverband als Zentralsekretär angestellt, immer mit dem Anliegen, die Verbandspolitik voran-

zutreiben, denn ich war mir bewusst, dass die beiden politischen Systeme, das verbandspolitische und jenes auf der Tribüne im Sinne der Öffentlichkeit, parallel laufen. Auch im Bereich der Verbandspolitik wurde mir deutlich, dass wir noch viel stärker sein müssen. Beispielsweise versuchten wir 1979 mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln eine vernünftige Lösung in der Frage des Militärpflichtersatzes zu erreichen, mussten uns aber mit einer Kompromisslösung zufrieden geben. Es ist zu hoffen, dass wir im Zusammenhang mit der Diskussion um die differenzierte Tauglichkeit eine klare Lösung im Sinne einer Entlastung von Militärpflichtersatz für alle vom Dienst Ausgeschlossenen erreichen werden.

 *Welche Visionen, Leitlinien, ja vielleicht Utopien führen Dich durch Dein politisches Engagement?*

M. Stamm: Die Wurzel meiner politischen Aktivitäten lag zunächst in einer ganz anderen Sphäre, nämlich in der Neugierde. Ich wollte mehr wissen, als ich über Zeitungen erfahren konnte. Dank der Partei- und Parlamentsarbeit wurden mir Zusammenhänge und Hintergründe politischen Geschehens viel deutlicher. Neugierde war also Grundmotor meines Engagements, und erst später ging es



... Wer ist denn schon fähig, sich innerhalb einer Sitzung zu zwanzig verschiedenen Geschäften eine Meinung zu bilden, müssen das nicht völlig unsensible und undifferenzierte Typen sein ...

mir darum, Mitverantwortung für Entscheidungen zu übernehmen, wobei ich der Meinung bin, dass meine Ansichten und Erfahrungen es wert sind, mitgeteilt und anderen vermittelt zu werden.

Politik ist Weltveränderung, ohne dass ich jetzt allgemeine Leitlinien formulieren möchte, ich gehe lieber pragmatisch vor und bringe meine Weltsicht bei den einzelnen Sachgeschäften ein, um nicht abgehobene

Parolen von mir zu geben. Vielleicht – aber jetzt lasse ich mich doch zu einer fast pathetischen Äusserung verleiten – so wohl ist mir dabei nicht – geht es mir ganz generell darum, dass Behinderte und andere sozial Benachteiligte, einen besseren Platz im Leben erhalten, dass sie mit ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten dazugehören und ihre Lebenswelten mitgestalten können. ■

Transkription: S. Schriber